

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Oktober 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 555 Anfrage Huser Claudia und Mit. über steuerpolitische Handlungsspielräume der Luzerner Gemeinden / Finanzdepartement

Die Anfrage A 555 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Claudia Huser hält an der Dringlichkeit fest.

Claudia Huser: Den Luzerner Gemeinden geht es insgesamt gut und dank steigenden Unternehmenssteuern wurden gute Abschlüsse erzielt. Durch die sehr gute Situation der Unternehmenssteuern ist es nicht mehr in allen Gemeinden opportun, den Steuerfuss zu senken, sondern gezielt bei den natürlichen Personen anzusetzen. Das wäre mittels Steuerfusssplitting möglich. Der Kanton hat diese Debatte bereits aufgenommen und diese kommt im Rahmen des Finanzleitbilds auch in unseren Rat. Bei den Gemeinden ist dies aber gesetzlich untersagt. Ich verstehe nicht, weshalb die Regierung die Dringlichkeit ablehnt. Weil aktuell ein Steuersplitting nicht möglich ist, müssen die Gemeinden für ihre Finanzdebatten über die Planjahre den Zeitplan kennen und ob sie mit einer solchen Änderung rechnen können oder nicht. Zudem ist umso mehr zu klären, ob ein budgetierter Steuerrabatt für solche Gemeinden eine Zwischenlösung wäre. Die Dringlichkeit ist somit inhaltlich gegeben. Wir sind uns alle einig, dass die Steuerpolitik von hohem politischen Gewicht ist. Zudem ist kein laufendes Verfahren davon betroffen. Ich bitte Sie daher, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Roland Küng: Die SVP-Fraktion anerkennt das Anliegen der Anfrage. Offenbar entdecken immer mehr Politiker und Kommunen des Steuersplitting als mögliche und gute Massnahme. Zudem ist die Entlastung der natürlichen Personen für viele Parteien und Politiker ein nötiger Schritt, der kurzum angegangen werden muss. Die SVP-Fraktion erachtet es daher als nötig, die Anfrage dringlich zu behandeln, damit die Gemeinden rasch Planungssicherheit erhalten. Wir stimmen der Dringlichkeit zu.

Milena Bühler: Dieser Anfrage liegt eine Anfrage von Roland Küng zugrunde, über die wir bereits im Juni dringlich debattiert haben. Bei der vorliegenden Anfrage geht es erneut um Steuersplitting. Wir sind immer noch offen, über diese grundsätzliche steuerpolitische Frage zu diskutieren, aber immer noch nicht in dieser Form. Unsere Steuerstrategien gehören in umfassende, finanz- und gesellschaftspolitische Diskussionen und nicht in kurzfristige, überstürzte Behandlungen. Eine fundierte Debatte ist dem Thema angemessen, für Schnellschüsse besteht noch immer keine Notwendigkeit. Daher lehnt die SP-Fraktion die Dringlichkeit ab.

Eva Lichtsteiner: Die Anfrage stellt in erster Linie die Frage zu den juristischen Rahmenbedingungen, welche für die Gemeinden jetzt geklärt werden müssen, damit diese

ihre Optionen bei den bevorstehenden Budgetdebatten kennen. Das ist unsererseits noch kein Votum für ein Steuersplitting, aber die Dringlichkeitskriterien sind in unseren Augen erfüllt. Daher stimmt die Grüne Fraktion der Dringlichkeit zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Es handelt sich zugegebenermassen um interessante und auch relevante Fragen, die aber aus Sicht der Regierung nicht dringlich sind. Die Budgets der Kommunen und die Handlungsoptionen der zuständigen Gemeinde- und Stadträte sind für das kommende Jahr definiert. Wir erachten es als nicht zielführend, kurz vor Zwölf über grundsätzliche Optionen zu diskutieren. Das Thema ist zeitnah zu diskutieren, aber nicht dringlich. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 62 zu 54 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.